



Europa Newsletter

Sabine Verheyen
Ihre CDU-Europaabgeordnete

September 2020

Diese Woche hätte das EU-Parlament eigentlich wieder in Straßburg tagen sollen. Doch aufgrund der Coronakrise wurde dies kurzfristig abgesagt. So tagte das EU-Parlament in den letzten Tagen erneut in Brüssel bzw. einige Kolleginnen und Kollegen haben sich aus dem Home Office dazugeschaltet und von Zuhause aus abgestimmt.

Aus dem Plenum

Rede der Kommissionspräsidentin und Debatte “State of the Union 2020”

Am Mittwoch hat die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihre erste Rede zur Lage der Union vor dem EU-Parlament gehalten. Dabei hat sie ihre Vision für ein starkes Europa nach der Corona-Pandemie vorgestellt. Sie hat ein leidenschaftliches Plädoyer auf die europäischen Werte gehalten. Ob die Corona-Pandemie, Klimawandel, Digitalisierung oder Migration - nur gemeinsam werden wir die aktuellen Krisen und Herausforderungen bestehen und Europa zukunftsfit machen. Es ist richtig, den europäischen Wiederaufbaufonds *Next Generation EU* jetzt als Chance zu sehen. Die von ihr angekündigten Initiativen sind ehrgeizig – als EU-Parlament werden wir sie konstruktiv und wenn nötig auch kritisch hinterfragend begleiten. Die Erhöhung des CO₂-Reduktionsziels auf mindestens 55 Prozent bis 2030 ist sehr ambitioniert. Dabei kommt es vor allem auf die Umsetzung an. Als CDU/CSU-Gruppen wollen wir dafür marktwirtschaftliche Instrumente wie die Ausweitung des Emissionshandels. Zudem setzen wir auf Technologieneutralität, da die Elektrifizierung allein nicht die Lösung sein kann. Europa darf dabei zudem den Mittelstand nicht vergessen, kleine und mittlere Unternehmen müssen bei der Umsetzung mitgenommen werden. Die Folgenabschätzung hierzu werden wir im Europaparlament sehr genau prüfen. Als Vorsitzende des Kultur- und Bildungsausschusses im EU-Parlament hätte ich mir zudem gewünscht, dass Ursula von der Leyen auch auf die Themen Kultur und Bildung in ihrer Rede eingegangen wäre, wenn sie über die Zukunft Europas spricht. Denn Kultur und Bildung sind essenziell, um eine europäische Identität zu schaffen. Wenn wir über die Zukunft der EU sprechen, gehört Bildung in meinen Augen daher zu den wesentlichen Themen. Bildung ist der Schlüssel dafür, dass wir in der EU wirklich Vorreiter der Innovation werden.

Die gesamte Rede zur Lage der Nation können Sie hier nachlesen:

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/soteu_2020_de.pdf.

Zukunft der europäischen Kultur- und Kreativbranche nach COVID-19

Die Kultur- und Kreativindustrie gehört zu den Branchen, die am stärksten von den Maßnahmen und Einschränkungen im Rahmen der Coronakrise betroffen sind. Das Überleben der Kulturindustrie ist nicht nur für unsere Wirtschaft, sondern auch für die Bewahrung unseres europäischen Kulturerbes von wesentlicher Bedeutung. Als EU-Parlament fordern wir daher die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die von der EU zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise bereitgestellten Gelder auch schnell und direkt die zahlreichen KMU, Künstler und Menschen erreichen, die in der Kreativindustrie arbeiten.

Dass im EU-Wiederaufbaufonds kein spezifischer Betrag eindeutig für den direkten Nutzen der Kultur- und Kreativsektoren und -industrien vorgesehen wurde, halten wir für nicht akzeptabel. Die Kultur- und Kreativakteure sollten einen klaren Schwerpunkt der gezielten Maßnahmen der Mitgliedstaaten ausmachen und umfassend und rasch von allen Konjunkturfonds profitieren. Mindestens 2 Prozent der Gelder des EU-Wiederaufbaufonds sollten in meinen Augen zum Wiederaufbau und zur Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft bereitgestellt werden.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

Den gesamten Text der Entschließung, die das EU-Parlament am Donnerstag im Plenum angenommen hat, können Sie hier finden:

[https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?lang=en&reference=2020/2708\(RSP\)](https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?lang=en&reference=2020/2708(RSP)).

CO2 von Schiffen reduzieren, aber richtig!

Auch der internationale Schiffsverkehr muss seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Das Europaparlament hat diese Woche für größere Anstrengungen des Schiffsverkehrs für den Klimaschutz gestimmt. Mit der Reform der EU-Verordnung „über die Überwachung von Emissionen aus dem Seeverkehr“ wird die EU-Rechtslage an ein neues, international gültiges System der Vereinten Nationen zur Erfassung der Emissionen aus dem Schiffsverkehr angepasst. Damit wird eine einheitliche Datengrundlage geschaffen - ein wichtiger Schritt zu mehr Klimaschutz im Schiffsverkehr. Nächste Schritte werden folgen. Die Ankündigungen von EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen, die EU-Klimaziele deutlich zu erhöhen, machen einen stärkeren Beitrag des internationalen Schiffsverkehrs zum Klimaschutz unverzichtbar. Dieser macht bislang schätzungsweise 13% der Emissionen innerhalb der EU aus.

[Erfahren Sie hier mehr über die Reduzierung der Emissionen in der Schifffahrt.](#)

Gefährliche Eskalation im Mittelmeer - die Rolle der Türkei

Die Situation im östlichen Mittelmeerraum ist äußerst besorgniserregend. Die Gefahr einer direkten militärischen Konfrontation ist real. Es braucht daher dringend eine Deeskalation der Lage. Dieser Konflikt kann nur mit Gesprächsbereitschaft und Vernunft gelegt werden. Unsere Solidarität gilt uneingeschränkt unseren EU-Mitgliedstaaten Griechenland und Zypern. Die Türkei tritt zunehmend als Aggressor auf und missachtet in dem Streit um das Erdgasvorkommen das Völkerrecht. Schließlich gelten im Mittelmeer wie in jedem anderen Ozean die Regeln des Seerechts, die Anrainerstaaten Gewässer zur ausschließlichen Nutzung zugestehen. In Anbetracht anhaltender türkischer Aggressionen muss die EU Klartext sprechen! Ich erwarte ein entschlossenes Signal durch den Rat. Wirtschaftssanktionen sowie die Aussetzung des Zollabkommens mit der Türkei dürfen dabei keine Tabu-Themen sein.

[Hier können Sie den Beitrag weiterlesen.](#)

Es ist an der Zeit, das EU-Einnahmesystem zu reformieren

Im Plenum hat das EU-Parlament diese Woche über seine Position zur Reform des EU-Einnahmensystems abgestimmt. Die Abgeordneten treten dafür ein, neue EU-Eigenmittel zur Finanzierung des langfristigen EU-Haushalts und zur Rückzahlung der Gelder, die die EU für die wirtschaftliche Erholung aufnehmen will, einzuführen.

Als EVP-Fraktion befürworten wir die Aufstellung eines verbindlichen Zeitplans, um dem EU-Haushalt schrittweise neue Finanzierungsquellen hinzuzufügen. Mit den Einnahmen können die Zinsen und Rückzahlungen bezahlt werden, die sich aus den für den 750 Milliarden Euro schweren Wiederaufbaufonds aufgenommenen Darlehen ergeben.

[Erfahren Sie hier mehr über das Thema.](#)

Lage in Belarus

Die Lage in Belarus spitzt sich weiter zu. Mit der Verhaftung der Oppositionspolitikerin Maria Kolesnikowa durch das Lukaschenko-Regime ist eine neue Eskalationsstufe erreicht. Noch immer protestieren täglich tausende Menschen friedlich für freie Wahlen. Als EVP-Fraktion stehen wir hinter dem belarussischen Volk und fordern freie und faire Wahlen. Wir betrachten den Koordinierungsrat und seine Mitglieder als die legitimen Vertreter der Forderung der Belarussen nach demokratischem Wandel und Freiheit im Land.

Die Präsidentschaftswahlen vom 9. August waren weder frei noch fair. Alle verhafteten friedlichen Demonstranten und Mitglieder des Koordinierungsrates müssen freigelassen und die für die Gewalt Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, darunter auch Alexander Lukaschenko.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

Vergiftung Alexej Nawalnys

Nicht nur gegen Belarus, sondern auch gegen Russland sollte die EU neue Sanktionen verhängen. Die Vergiftung Alexej Nawalnys und Moskaus Weigerung, die Tat ernsthaft aufzuklären, führen zu einem angespannten Verhältnis mit Russland. Dies könnte auch Auswirkungen auf das ohnehin schon umstrittene Gaspipelineprojekt Nord Stream 2 haben. Schließlich ist der Anschlag auf Nawalny mit einem Kampfgas aus der Nowitschok-Familie eine klare Verletzung des Völkerrechts. Die EU muss auch hier klare Flagge zeigen, Sanktionen sind in meinen Augen unerlässlich.

EU-Koordinierung der Corona-Maßnahmen

Wo muss ich eine Maske tragen? Rote, orange oder grüne Zone? Ist die Grenze auf oder zu? Wohin darf ich überhaupt noch reisen? Quarantäne 5, 10 oder 14 Tage? Was gilt heute? Was gilt morgen? Diese Fragen stellen sich in der aktuellen Coronakrise viele Bürger in Europa.

Die Coronapandemie ist leider noch nicht überstanden. Zuletzt stieg die Zahl der Infizierten in einigen Mitgliedstaaten wieder stark. Die national und regional ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronakrise in Europa sind dabei nach wie vor unterschiedlich. Grenzsicherungen, Testpflichten, Reisewarnungen, Quarantänebestimmungen und Maskenpflichten ändern sich teilweise täglich und beeinträchtigen damit die Bewegungsfreiheit in Europa. Als EU-Parlament fordern wir daher schnell mehr Koordination und Einheitlichkeit der Maßnahmen innerhalb der Europäischen Union und unterstützen nachdrücklich die zuletzt dazu eingeleiteten Initiativen der Kommission und der deutschen Ratspräsidentschaft. Bislang werden diese zwischen den Mitgliedstaaten jedoch nur diskutiert, ohne zu konkreten Ergebnissen zu kommen.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

Sabine Verheyen, Mitglied des Europäischen Parlaments, Europabüro Aachen, Monheimsallee 37, 52062 Aachen. Sie erhalten diese E-Mail, weil Sie Ihre E-Mail-Adresse in unseren Verteiler haben eintragen lassen. Unsere Datenschutzerklärung ist unter folgendem Link verfügbar: <https://www.sabine-verheyen.de/datenschutzerklaerung/>. Zum Abbestellen unseres Newsletters klicken Sie bitte auf folgenden Link: [Abbestellen](#)